



Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH
Œuvre suisse d'entraide ouvrière OSEO
Soccorso operaio svizzero SOS

Quellenstr. 31 Postfach 2228 CH-8031 Zürich
Telefon 01/444 19 19 Fax 01 444 19 90
e-mail: info@sah.ch www.sah.ch
Postkonto 80-188-1

Bericht zu den Operationen gegen Hungerstreikende in 20 türkischen Gefängnissen

Von Marianne Roth

Einleitung

Vom 21. bis 28. Dezember weilten Therese Jäggin und die Autorin dieses Berichts, Marianne Roth, beide vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk SAH, in Istanbul. Wir versuchten, in verschiedensten Gesprächen mit möglichst vielen Personen die Umstände in Bezug auf die Erstürmung der Gefängnisse zu ergründen. Die Berichterstattung in den türkischen Medien ist arbiträr, spekulativ und zum Teil schlicht erfunden. Die Aussagen von Seiten der Regierung oder der Sicherheitskräfte waren meist verdreht, verschwiegen wichtige Tatsachen, waren geschönt und gespickt mit Lügen, sodass es schwierig war, sich einen Überblick zu verschaffen.

Nebst Gesprächen mit persönlichen Bekannten und MitarbeiterInnen unserer Partnerorganisation in Istanbul, TOHAV, hatten wir die Möglichkeit mit einer Gefangenen zu sprechen, die am Tag nach der Stürmung des Gefängnisses Bayrampaşa entlassen wurde und den Überfall direkt miterlebte. Wir unterhielten uns auch ausführlich mit der Anwältin und TOHAV-Mitarbeiterin Filiz Köstak, die sich zusammen mit drei BerufskollegInnen gleich nach Ausbruch der Operationen zum Gefängnis Bayrampaşa und später nach Ümranyie begab.

Operation „Zurück zum Leben“

Unter dem Titel „Zurück zum Leben“ stürmte ein Grossaufgebot von Polizisten, Soldaten und Sondereinheiten der Armee und der verschiedenen Geheimdienste 20 Gefängnisse im ganzen Land. Ziel der Operation war es nach offiziellen Angaben, das Leben der Häftlinge zu retten und den seit zwei Monaten dauernden Hungerstreik von gegen 2000 Häftlingen gewaltsam zu brechen. Diese protestierten dagegen, in die sogenannten F-Typ-Gefängnisse verlegt zu werden. 200 der Hungerstreikenden hatten sich zum Todesfasten entschlossen, einige von ihnen waren bereits in kritischem Zustand.

Die umstrittenen F-Typ-Gefängnisse sind mit Zellen eingerichtet, die zwischen 1-3 Personen fassen können. Bisher waren die Gefangenen in Grosszellen untergebracht, wo zwischen 20 bis 250 Personen zusammenlebten. Häufig gehörten die Gefangenen der gleichen politischen Organisation oder Gruppierung an, was dazu führte, dass die Gefangenen einen hohen Politisierungs- und Organisationsgrad besaßen. Die Regierung bezeichnet diesen Zustand nun plötzlich als unhaltbar und brandmarkt die Grosszellen als Horte der Mafia und

ideologische Machtzentren politischer und religiöser Extremisten. Die Gefängnisse seien in Wahrheit in den Händen von Terroristen und der Mafia, die Gefängniswärter hätten sich seit zehn Jahren nicht mehr in die Zellen hineingewagt. Dabei wird kein Unterschied gemacht zwischen politischen Gewissensgefangenen, tatsächlichen Mafiamitgliedern, denen nicht selten Kontakte zu höchsten Regierungskreisen nachgewiesen werden können, und Gefangenen, die aus religiösen Gründen in Haft sitzen. Der *Hürriyet*-Kolumnist Cüneyt Ülsever titelte dazu: „Der Staat hat die staatlichen Gefängnisse gerettet“. Und die englischsprachige *Turkish Daily News (TDN)* setzte die Schlagzeile: „Überfälle beseitigen die Schande in unserem Staat“, frei nach einem Zitat des Innenministers Sadettin Tantan. In dem dazugehörigen Artikel geißelt sie allerdings die türkischen Behörden als unfähig und inkompetent. Hauptsächlich an die ausländische Wohnbevölkerung gerichtet, kann sich die TDN einen etwas kritischeren Ton erlauben.

Nach offiziellen Angaben sind bei den Operationen 28 Personen ums Leben gekommen, davon 2 Polizisten, über 100 Gefangene sind bei den gewaltsamen Erstürmungen verletzt worden. Die Ordnungskräfte setzten verschiedene Gase und Schusswaffen ein. In den Gefängnissen, wo Gefangene sich in Zellen verschanzt hatten, drangen Soldaten mit schweren Baumaschinen ein, indem sie Löcher in die Gefängniswände rissen. Noch ist es nicht möglich, genaue Zahlen von Toten und Verletzten zu nennen. Menschenrechts-Organisationen rechnen jedoch aus Erfahrung mit einer höheren Zahl von Getöteten und Verletzten. Noch immer herrscht ein Chaos, suchen verzweifelte Verwandte nach ihren Angehörigen und müssen die Namenslisten der Getöteten und Verletzten täglich korrigiert werden.

Istanbul im Belagerungszustand

Bereits bei unserer Ankunft in Istanbul spürten wir die bedrohliche Stimmung, die in der Innenstadt herrschte. Das bevorstehende Ende des Fastenmonats Ramadan erhöhte die Nervosität wohl noch zusätzlich. Der Menschenrechtsverein, IHD, und andere Menschenrechts- und politische Organisationen, hatten seit Beginn der Operationen täglich Demonstrationen organisiert, die auf der Istiklâl Caddesi, einer der Haupteinkaufsstrassen Istanbuls, stattfanden. Die Hälfte des Taksim-Platzes ist bis heute von der Polizei abgeriegelt, um grössere Ansammlungen von Menschen zu verhindern und Präsenz zu markieren. Die Demonstrationen verliefen alle nach einem ähnlichen Muster: Ein Grossaufgebot von Polizisten drängte die Demonstrierenden in eine der Seitenstrassen, beschoss sie mit Gummigeschossen und spritzte sie mit kaltem Wasser ab. Nachdem ein Kälteeinbruch stattgefunden hatte und die Temperatur in den Tagen während und nach den Operationen nur knapp über Null Grad lag, eine harte Prozedur. Die Polizeikräfte waren dabei klar darauf aus, sich für die beiden getöteten Polizisten zu rächen. Sie skandierten: „Menschenrechtler und Linke raus“, „wir kriegen euch“ und „Rache, Rache, Rache...“. Dabei gingen sie täglich brutaler auf die Demonstrierenden los und schlugen mit Gummiknüppeln auf sie ein. Zahlreiche AktivistInnen wurden dabei festgenommen.

Problematische Berichterstattung

Die TV-Sender sendeten stundenlange Live-Berichte zu den Operationen, die jedoch zur Hauptsache von Kameramännern der Polizei stammten, die auf den Dächern der Gefängnisse postiert waren. Es herrschte strikte Zensur. Der Justizminister, Sami Türk, warnte gar einen Moderator am Fernsehen: „Wagen Sie es nicht, die Operationen des Staates in Frage zu stellen!“ Journalisten hatten zu diesem Zeitpunkt noch keinen Zutritt zu dem Gelände, jedoch überschlugen sich die Spekulationen. Die Polizeiüberfälle wurden

richtiggehend abgefeiert und mit jedem „Sieg“ gegen die sich zum Teil heftig zur Wehr setzenden Häftlinge traten die Regierungsvertreter selbstbewusster auf. Gross zu Reden gab ein sogenannter Telefonanruf, den die Polizei abgehört haben will. Dabei sollen die Angehörigen der verbotenen, von der Türkei als terroristisch bezeichneten, marxistisch-leninistischen Organisation DHKP/C vom Hauptquartier in Brüssel aus dirigiert worden sein. Ein fragwürdiger Tonbandmitschnitt, der aus Sicht politischer Linker aufgrund der Wortwahl eindeutig aus der Polizeiküche stamme, wollte zudem weismachen, ein „Chef“ im Gefängnis habe den Gefangenen den Befehl erteilt, sich selbst in Brand zu setzen. Die Berichterstattung reichte von drei Gefangenen, die sich angezündet hätten, bis hin zu 16 Gefangenen, die sich auf Befehl von Oben in lebendige Fackeln verwandelt hätten. Laut diesem Bericht stammen alle Kugeln, die die restlichen Gefangenen und zwei Soldaten getötet haben sollen, aus Waffen der Insassen, was laut Augenzeugenbericht schlicht ausgeschlossen ist. Rechtsnationalistische Revolverblätter unterstellen den Häftlingen wahre Waffenlager, die sie in den Gefängnissen gehortet hätten. Allerdings stellt ein Hürriyet-Journalist die Frage, wie die Waffen denn in die Gefängnisse kommen könnten, wenn nicht mit Unterstützung der Gefängnisse selbst. (Siehe auch Pressespiegel (Anhang I) am Schluss des Berichts.)

Ebenfalls im Anhang befindet sich die deutsche Übersetzung der Erklärung des Zentralsekretariats des Menschenrechtsvereins IHD in Ankara (Anhang II).

Fazit

Das Klima in der Türkei ist infolge dieser Operationen merklich repressiver geworden. Menschenrechts- und Nichtregierungsorganisationen sowie progressive Parteien und Personen sind schockiert und ratlos ob der Härte, die sämtliche Konventionen verletzt, die der Staat gegen die Gefangenen angewendet hat. Die Gefängnisse sind faktisch im Ausnahmezustand und in den Händen der Armee. Alle Gesprächspartner befürchten weitere Schläge gegen die sogenannte Linke. Immer wieder hat man uns erklärt, das öffentliche Klima sei wie Ende der Siebzigerjahre, kurz vor dem Militärputsch. Antidemokratische Kräfte gewinnen immer mehr die Oberhand - bei den Behörden und in der Politik gleichermaßen. Die Bevölkerung wird mit falscher Berichterstattung systematisch irregeführt.

Wir unterstützen die Forderung nach einem internationalen Monitoring. Die Vorkommnisse müssen untersucht und die Gefangenen dürfen ihren Peinigern nicht schutzlos ausgeliefert werden. Beim allergrössten Teil der Inhaftierten handelt es sich um Gewissensgefangene, die aufgrund ihrer politischen Gesinnung im Gefängnis sitzen und nicht weil sie ein Verbrechen begangen haben. Aber selbst jene Gefangenen, die ein schweres Delikt begangen haben, haben Anrecht auf menschenwürdige Behandlung.

Wir fordern PolitikerInnen, NGO, Ärzte- und Anwaltsorganisationen sowie Medienschaffende auf, sich gemeinsam mit den lösungswilligen Kräften vor Ort ein Bild zu verschaffen und nach nachhaltigen Lösungen zu suchen.

Marianne Roth

Beilagen:

1. Gespräch mit Filiz Köstak, Anwältin
2. Gespräch mit Suna Parlak, Gefangene

Anhang I: Pressespiegel

Anhang II: Erklärung des Türkischen Menschenrechtsvereins IHD

1. Gespräch mit Filiz Köstak, Anwältin bei TOHAV

„Diese Überfälle, die wie eine Explosion über unser Land hereinbrachen, erwarteten wir überhaupt nicht. Erst später haben wir herausgefunden, dass die Inhaftierten bereits eine Woche vor Beginn der Überfälle erste Befürchtungen hegten. Insassen mit langjährigen Haftstrafen hatten früher schon ähnliche Operationen erlebt, sie kannten das Gefühl.

1.1. Aussichtslose Verhandlungen

Eine Anzahl von Gefangenen, etwa 200, hatte sich zum Todesfasten entschlossen, eine grosse Zahl schlossen sich später mit einem Hungerstreik an. Das öffentlich deklarierte Ziel der Hungerstreikenden war es, sich der Verlegung in die F-Typ-Gefängnisse zu widersetzen. Der Plan der Regierung hingegen war es, einen Gefangenen nach dem andern in diese Gefängnisse zu verlegen. Zur Unterstützung der protestierenden Hungerstreikenden hatte sich eine Solidaritätsgruppe gebildet, bestehend aus Menschenrechtsorganisationen, NGO, verschiedenen Kulturschaffenden, JournalistInnen und linken Parteien. Diese versuchten, Verhandlungen mit Regierungsvertretern zu führen und mit diesen einen Konsens auszuhandeln. Die Verhandlungen wurden am 53. Tag ergebnislos abgebrochen, nachdem die Regierung auf keine der Bedingungen eingehen wollte. Der Kontakt zwischen der Unterstützungsgruppe und den Hungerstreikenden brach ebenfalls ab, nachdem keine Zugeständnisse erlangt werden konnten und weitere Verhandlungen aussichtslos erschienen.

1.2. Die gewaltsamen Operationen

Am Dienstag, den 19. Dezember, am 58. Tag des Hungerstreiks, begannen die Operationen. Ich hatte geplant, mit KollegInnen zum Bayrampaşa Gefängnis zu gehen, da der Dienstag der offizielle Besuchstag ist. Bereits am Morgen erfuhren wir von den Überfällen und drehten das Fernsehen an, weil wir versuchen wollten herauszufinden, was geschehen war. In den Acht-Uhr-Nachrichten erfuhren wir, dass genau um 04.30 Uhr 20 Gefängnisse quer durch das Land von einem Grossaufgebot an Armee- und Polizeieinheiten parallel gestürmt worden waren. Unsere Gruppe von Anwältinnen und Anwälten versammelte sich bereits um 09.00 Uhr im Menschenrechtsverein (IHD) in Istanbul. Wir versuchten, in die Gefängnisse anzurufen um zu erfahren, wie die Bedingungen der Häftlinge waren. Es war jedoch unmöglich, Kontakt herzustellen. Im IHD trafen immer mehr Angehörige der Inhaftierten ein. Viele von ihnen waren verzweifelt und weinten. Die AnwältInnen suchten den Kontakt zur Regierung, um diese aufzufordern, Tote zu verhindern. Die Hungerstreikenden hatten sich inzwischen in ihren Zellen verbarriadiert und waren nicht von ihrem Vorhaben abzubringen, sich dem Transfer zu widersetzen. Sie bestanden auf ihrem Menschenrecht, wie sie es formulierten. Bereits jetzt hätten sie sehr unter den Folterqualen zu leiden, die Folterknechte ihnen zufügten. Sie waren überzeugt, dass dies in den Einzelzellen noch viel schlimmer werden würde, wo sie schutzlos und ohne Kontrolle Folter ausgeliefert wären. In den Grosszellen hatten sie mindestens die Gemeinschaft und die Solidarität der anderen Inhaftierten, was einen gewissen Trost darstellte.

1.3. Kontaktsperre

Die versammelten Anwältinnen und Anwälte beschlossen, die Gefängnisse unter sich aufzuteilen und zu versuchen, uns auf diese Weise Kenntnisse über die Ereignisse zu verschaffen. Wir TOHAV-Anwälte kümmerten uns unter anderen um die Gefängnisse in Bayrampaşa und Ümraniye. Ich ging zusammen mit meinen KollegInnen Eren Keskin, Gülüzer Tuncer und Özcan Kiliç nach Bayrampaşa. Als wir in die Nähe des Gefängnisses kamen stellten wir fest, dass die Gegend bis zu einem Kilometer im Umkreis des Gefängnisses von Polizisten abgeriegelt war. Durch eine kleine Seitenstrasse gelang es uns, bis zum Gefängniseingang vorzudringen. Hier wurden wir von Zivilpolizisten aufgehalten. Wir sahen Familienangehörige, die zwischen die Absperrung und die Gefängnismauern geraten waren. Polizisten schlugen auf sie ein, beschimpften sie und jagten sie weg. Dabei lachten sie. Aus den Fenstern und durch das Dach des Gefängnisses sahen wir Rauch aufsteigen. Schliesslich befahlen uns die Polizisten, wir sollten uns verziehen oder sie würden uns festnehmen. Wir wollten aber nicht einfach klein begeben. Wir bemerkten, dass alle verschiedenen Einheiten da waren: Militär, Anti-Terror-Teams, verschiedene uniformierte und zivile Polizisten, Sondereinheiten. Die Familien, die sich nicht abwimmeln liessen und nach ihren Angehörigen fragten, wurden einfach festgenommen. Wir folgten einer Gruppe von ihnen und stellten den Polizisten Fragen zu den Operationen und erhielten zur Antwort, es sei ihnen verboten worden, uns Auskünfte zu erteilen.

Dann suchten wir nach dem Staatsanwalt oder dem Gefängnisdirektor oder sonst nach jemandem, der uns Auskunft geben könnte. Wir stiessen auf einige Gefängniswärter, die uns kannten und uns freundlich gesinnt waren und uns einige Informationen geben konnten. Auf diese Weise erfuhren wir, was sich im Innern abspielte. Die Gefängniswärter waren inzwischen entfernt worden und das Gefängnis war vollkommen in der Hand von Sonderkommandos der Armee. Sie erzählten uns, dass zahlreiche Verwundete in Spitäler überführt worden waren. Draussen war also die Polizei zuständig, drinnen die Armee. Die Spezialeinheiten waren aus Ankara, Yozgat, Silivri und von anderen Stützpunkten für diesen Einsatz hergebracht worden. Wir realisierten, dass diese Operationen von langer Hand vorbereitet worden waren und dass die Regierung entschlossen war, die Häftlinge gewaltsam in die F-Typ-Gefängnisse zu überführen, obwohl der Innenminister noch gestern vor laufender Kamera bestätigt hatte, dies sei noch Gegenstand von Diskussionen. Schliesslich nahmen sie auch zwei von uns fest. Die Anwältin Eren Keskin war in der gleichen Woche dreimal festgenommen worden.

1.4. Noch immer Chaos

Die ersten Tage waren sehr schwarz. Am 2. Tag waren die Informationen nur wenig klarer. Wir erhielten immer mehr Auskünfte über die Erschossenen und Verwundeten. Die Informationen der Regierung waren weiterhin sehr verwirrt. Jemand, der als tot erklärt worden war, tauchte beispielsweise anderntags plötzlich wieder auf der Liste der Lebenden auf. Die Listen, die wir als Anlaufstelle für die Angehörigen führten, mussten immer wieder korrigiert werden. Alles war durcheinander – und noch immer herrscht Unklarheit. Es sind auch Leute durch den Todesstreik umgekommen, was bisher verheimlicht wurde. Wie viele es sind, wissen wir nicht. Viele der Verletzten wurden nicht behandelt, sondern einfach ihrem Schicksal überlassen. Auch heute, am 9. Tag nach der Operation, gibt es noch immer Verletzte, die keine Behandlung erhalten haben.

Am Tag der Operation hielt ich mich in Aksaray auf, in der Nähe des Spitals. Allein aufgrund des Sirenengeheuls der Ambulanzen konnte man vermuten, dass es sehr viele Verletzte und Tote gegeben haben musste. Ich erfuhr, dass einem meiner Klienten, Ali Ekber Düzova, der

im Ümranyie-Gefängnis in Haft sass, in die Beine geschossen worden war und er ins Spital gebracht wurde. Ich fuhr sofort zum Spital, erhielt jedoch keinerlei Auskunft und wurde auch nicht zu ihm gelassen.

1.5. Zeugnisse aus erster Hand

Am letzten Freitag fuhr ich zum Gefängnis für Frauen und Kinder in Bakırköy. Unsere Verfassung sieht leider vor, dass auch Kinder im Gefängnis Haftstrafen absitzen müssen. In diesem Gefängnis konnte ich Kontakt zu Frauen aufnehmen, die von Bayrampaşa hierher gebracht worden waren. Nach ihren Auskünften hatten die Soldaten bereits in den ersten Minuten der Erstürmung des Gefängnisses mit Kanas-Gewehren, die mit Nachtsichtgeräten versehen waren, auf die Gefangenen geschossen. Dieser Typ Gewehr ist der türkischen Armee vorbehalten und kann privat nicht erworben werden. Auch benutzten sie bei der Erstürmung des Gefängnisses Flammenwerfer. Die Frauen sind überzeugt, dass die verbrannten Leichen von diesen Flammenwerfern stammen und sich die Inhaftierten nicht selbst angezündet haben. Die Gefängnisinsassen von Ümranyie haben bestätigt, dass bei ihnen mit den selben Methoden vorgegangen wurde.

Ich erfuhr von verschiedenen Gefangenen, dass die Soldaten als erstes eine Zelle mit PKK-Gefangenen stürmte und diesen auf die Beine schoss. Sie warfen Rauchbomben in die Zellen sowie Tränengas und Pfeffergas. Sie öffneten die Zellen der Gefangenen und zerschossen die Fenster. Der Anführer der Soldaten forderte die Gefangenen auf, aufzugeben. Der Sprecher der PKK antwortete: „Wir sind unbewaffnet, hört auf, uns anzugreifen. Bringt den Obersten zu uns.“ Inzwischen hatten Soldaten begonnen, auf andere Zellblocks zu schießen. Die Soldaten unterbrachen die Kontakte zwischen den Gruppen, sodass die einzelnen Gruppen nicht wussten, was mit den anderen geschah.

Die Operation in Bayrampaşa dauerte insgesamt fünfeinhalb Stunden. Alle Häftlinge wurden schliesslich in Handschellen gelegt und in den Speisesaal gebracht. Dort mussten sie bis um Mitternacht warten, bis sie an verschiedene unbekannte Orte gebracht wurden. Sie durften sich nicht hinsetzen, obwohl viele von ihnen verletzt waren. Zahlreiche von ihnen mussten erbrechen oder wurden ohnmächtig, da sie während langer Zeit schutzlos den giftigen Gasen ausgesetzt waren. Die Gefangenen, die Brandwunden aufwiesen, wurden nicht behandelt. Die Frauen wurden nach Bakırköy gebracht und auf verschiedene Zellblocks verteilt, die ohne Heizung waren. Sie wurden einfach ihrem Schicksal überlassen wie sie gerade waren, einige in Unterwäsche, andere in Nachthemden, da sie bei der Operation im Schlaf überrascht worden waren und keine Gelegenheit erhielten, einige Habseligkeiten mitzunehmen. Die Frauen standen völlig unter Schock und waren in einem sehr schlechten psychischen Zustand. Für mich war es ein grosses Glück, dass die Frauen hierhergebracht wurden, sonst wäre es mir nicht möglich gewesen, mit ihnen in Kontakt zu treten.

Die Spezialeinheiten waren nach Ümranyie verlegt worden, nachdem sie in Bayrampaşa ihr blutiges Geschäft abgeschlossen hatten. In Ümranyie begann die Operation ebenfalls im PKK-Zellblock. Es wurde nach dem selben Muster verfahren: Gasbomben und Schüsse aus automatischen Waffen. Die Gefangenen gerieten in Panik, alle schrien durcheinander und der Sprecher der Inhaftierten wollte mit dem Kommandanten der Soldaten sprechen, damit die Schiesserei aufhöre. Inzwischen ging die Schiesserei in den anderen Zellblocks weiter. Die PKK wollte versuchen, einen Dialog für alle Gefangenen herzustellen. Weil aber der Kontakt zwischen den Gefangenen unterbrochen war, konnten sie keine Informationen austauschen.

1.6. Erster Gefängnisbesuch

Wir Anwältinnen und Anwälte haben erst gestern, eine Woche nach den Operationen, eine Sondergenehmigung erhalten, um mit dem Befehlshaber und den Gefangenen zu sprechen. Wir konnten erstmals abklären, wie ihr Zustand war und ihnen einige Kleinigkeiten bringen, die die Verwandten uns mitgegeben hatten. Allerdings mussten wir die Pakete den Soldaten abliefern, die sie dann den Gefangenen übergaben. Die Gefangenen waren überglücklich, als sie uns sahen. Wir erhielten die Bestätigung, dass das Gefängnis in den Händen des Militärs ist. Es sind nur Soldaten anwesend. Das gesamte Gefängnispersonal ist suspendiert worden. So mussten wir alle Verhandlungen mit Militärs führen und die Gespräche zwischen uns AnwältInnen und den Gefangenen fanden in Anwesenheit von Soldaten statt. Die Gefängnisse befinden sich im Ausnahmezustand. Die PKK-Gefangenen wurden in den E-Block verlegt, weil ihr Block zerstört worden war. Von den rund 800 Inhaftierten in Ümranyie sind bereits etwa die Hälfte in F-Typ-Gefängnisse gebracht worden. Bis heute haben die Gefangenen keine frischen Kleider erhalten und durften auch nicht duschen. Sie haben sich vorwiegend von Sandwiches ernährt. Anstatt der vorgesehenen 50 sind gegenwärtig 250 Personen in einer Zelle zusammengepfercht.

Für die Verwandten fand der Kontakt zu ihren Angehörigen in den Gefängnissen zunächst nur über die Anwältinnen und Anwälte statt. Sie kamen von überall her: Dersim, Erzincan, ja sogar aus dem fernen Kars. Als wir in Ümranyie waren, stand eine alte 75-jährige Frau am Gitter und rief den Soldaten zu: „Sagt, ist mein Sohn noch am Leben? Sein Name ist XY.“ Die Verwandten sind verzweifelt, sie weinen und suchen ihre Angehörigen. Der IHD führt Listen über die Toten und Verwundeten und versucht herauszufinden, welche Gefangenen wohin gebracht wurden. Bei TOHAV werden wir überhäuft mit Anfragen. Inzwischen ist es auch den Familienangehörigen wieder erlaubt, mit den Gefangenen direkten Kontakt zu haben.

Hätte zwischen den PKK-Häftlingen und dem Militär kein Gespräch stattgefunden - so sind die Gefangenen überzeugt - hätte es noch viel mehr Tote gegeben. Der Hungerstreik wird aber weitergehen. Gegenwärtig sind etwa 250 Gefangene am Todesfasten, weitere 100 unterstützen sie mit einem solidarischen Hungerstreik. Sie erhalten keinen Zucker und auch kein Salz von den Soldaten. Es wird noch mehr Tote geben, wenn die Regierung den Dialog nicht aufnimmt. Der Justizminister sagte: „Das sind unsere Kinder, es braucht einen Konsens zwischen ihnen und uns.“ Gleichzeitig verharren sie aber auf ihrer Extremposition. Gegenwärtig erhalten die Hungerstreikenden auch keine Unterstützung durch Menschenrechtsgruppen. Vereinzelt finden sich Personen, die etwas schreiben, die Situation ist aber ziemlich hoffnungslos.

Wir sind nicht sehr zuversichtlich, was die Zukunft dieser F-Typ-Gefängnisse betrifft. Das Gefängnispersonal soll stark reduziert und speziell ausgebildet werden. Ich befürchte, dass die Polizisten sich an den Häftlingen rächen werden.“

Istanbul, 26. Dezember 2000/MR

2. Gespräch mit Suna Parlak

Suna Parlak war wegen Mitgliedschaft bei der PKK siebeneinhalb Jahre im Istanbuler Gefängnis Bayrampaşa in Haft. Sie war 20 Jahre alt, als sie die Haft antreten musste. Noch ist ihr Fall nicht abgeschlossen, und sie muss damit rechnen, für weitere Jahre hinter Gittern zu landen. Sie sollte am Tag der Operationen freigelassen werden. Wegen der Erstürmung des Gefängnisses verschob sich ihre Freilassung um einen Tag, sodass sie Opfer und zugleich Zeugin der Operation wurde. Bleich aber gefasst sitzt sie uns gegenüber. Nichts deutet darauf hin, dass sie erst seit ein paar Tagen aus einer langen Haft entlassen worden ist. Sie ist mit ihrer Schwester ins Kaffee in der Istanbuler Innenstadt gekommen, wo wir uns im oberen Stock in eine ruhige Ecke setzen.

Kurz vor Abschluss des Gesprächs setzen sich drei Männer direkt neben uns, die wir eindeutig als Polizisten identifizieren. Suna muss vorsichtig sein, da politische Gefangene nach ihrer Freilassung eine Zeit lang beobachtet würden. Je nach dem mit wem sie zusammentrifft, müssen diese Personen ebenfalls mit Inhaftierungen rechnen. Sie bleibt denn auch nicht zum Abendessen, sondern begibt sich beim Eindunkeln direkt nach Hause.

2.1. Der Grund für den Hungerstreik

„In der Nacht bevor die Operationen begannen, erfuhren wir, dass wir definitiv alle in die F-Typ-Gefängnisse überführt werden sollten. Wir beschlossen, dies zu verhindern. Zusammen mit anderen hätte ich an diesem Tag freigelassen werden sollen, doch nichts geschah. Unsere Familien warteten vergeblich vor dem Eingang. Wir „rochen“, dass sich etwas zusammenbraute, da am 14. Dezember ein Treffen zwischen dem Justiz- und Innenminister mit Vertretern der Sicherheitskräfte, Jitem und dem Geheimdienst MIT stattfand. Sie hatten die Verhandlungen abgebrochen, deshalb wussten wir, dass etwas bevorstand. So versuchten wir, mit dem Gefängnisdirektor und anderen Verantwortlichen einen Dialog zu finden, doch vergeblich: wir erhielten keine Auskunft. Vertreter der Unterstützerguppe und aller Parteien (ausser MHP) kamen ins Gefängnis und erklärten, sie hätten das Gefühl, dass sich die Probleme nicht im Sinne der Gefangenen lösen liessen. Wir spürten auch hier: irgend etwas lief sehr schief. Das Gespräch fand im Frauenflügel statt, sodass ich Zeugin des Gesprächs war. Eine Vertreterin einer europäischen Anti-Folter-Vereinigung war ebenfalls anwesend. Wir erklärten ihr, dass sich total 2'000 Gefangene dem Hungerstreik angeschlossen hatten.

Unsere Zielsetzungen und Forderungen waren eindeutig:

1. Der Transfer in die F-Typ-Gefängnisse musste suspendiert werden.
2. Eine Delegation, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern europäischer Menschenrechtsorganisationen, NGO, ParlamentarierInnen, ÄrztInnen und Kulturschaffenden sollte überprüfen, ob die F-Typ-Gefängnisse europäischen Standards entsprechen und danach Gespräche mit der Regierung führen, um die Menschenrechtsverhältnisse im Land generell zu verbessern. Danach wären wir bereit gewesen, den Widerstand aufzugeben.
3. Menschenrechtsdelegationen müssten auch alle anderen Gefängnisse überprüfen und es müssten entsprechende Verbesserungen vorgenommen werden.

Die Gesetze sind übrigens in Bezug auf die Lebensbedingungen nicht eindeutig, was die F-Typ-Gefängnisse betrifft. Diese Fragen müssen geklärt werden.

2.2. Die lange Nacht

Die Nacht vor der Operation war ungewöhnlich ruhig. Um 03.00 Uhr wurden wir durch Geräusche geweckt. Um 03.30 Uhr wurden die Gefängniswärter entfernt. Gegen 04.00 Uhr sahen wir plötzlich durch das Fenster, wie sich Scharfschützen auf den Dächern des Gefängnisses postierten. Sie richteten ihre Gewehre durch jedes Zellfenster auf uns. Wir hörten, dass sich Soldaten auf den Gängen verteilten, wussten aber noch nicht, was vor sich ging. Wir waren 26 Frauen in unserer Zelle. Um genau 04.00 Uhr kamen die Soldaten in unsere Gänge. Unsere Zelle befand sich an der Stirnseite des Ganges. Ein Mitgefangener aus einer PKK-Zelle hatte die Soldaten als Erster erspäht. Er wollte zur Nebenzelle laufen, um die Mitgefangenen zu warnen. Da schoss ihm ein Soldat einfach in die Beine. (Dieser Gefangene war Ali Ekber Düzova, ein Klient von Anwältin Filiz Köstak.) Wir hörten, wie die Soldaten ins Innere der Zellen schossen. Ausserhalb der Zellen hatten sich Sondereinheiten aus Ankara und Silivri postiert, die wir an ihren Uniformen erkannten. Wir verschanzten uns und verbarrikierten die Zelltür. Darauf schlugen die Soldaten mit Vorschlagshämmern Löcher in die Dächer und liessen Tränengas und Pfeffergas in die Zellen fallen. Ein drittes Gas, das braun war und das wir nicht kannten, verursachte starkes Brennen auf der Haut sowie Übelkeit, einige von uns fielen in Ohnmacht. Wir hielten uns Lappen vor das Gesicht, um uns ein wenig zu schützen. Wir hörten Geschrei und wilde Schiessereien. Die Schüsse stammten eindeutig aus Gewehren der Armee. Da inzwischen der Kontakt zwischen uns abgebrochen war, wussten wir nicht, was mit den andern vor sich ging.

Um 08.30 Uhr stürmten Sondereinheiten in Plastikrüstungen, die wie Robocops aussahen, in unsere Zelle. Vor unserer Frauenzelle gab es einen Vorraum, der durch eine einzige Tür direkt in den Freihof führte. Unsere Zellensprecherin war eine Frau namens Elif. Sie verlangte, mit dem Anführer der Einsatztruppe zu sprechen, um zu erfahren, was in den anderen Zellblöcken vor sich ging. Sie begab sich in den Vorraum und sah, dass links und rechts den Wänden entlang Soldaten postiert waren, die ihre Gewehre auf sie richteten, durch die sie wie bei einem Spiessrutenlaufen gehen musste. Sie erhielt jedoch keinerlei Auskunft und wurde zurück in die Zelle gedrängt.

Der lange Tag

Schliesslich wurden wir eine nach der anderen in Handschellen gelegt und ins Freie geführt. Hier legten sie jeweils zwei von uns Handschellen an. Sie stellten uns weit auseinander auf, und jedes Gefangenenpaar war von einer Gruppe von Soldaten eingekreist. Dann mussten wir ein ganzes Stück über offenes Gelände gehen, wo wir um 09.00 Uhr in einem Gebäude der Armee eingesperrt wurden. Wir waren alles PKK-Mitglieder aus unserem Zellblock, die schliesslich hierher gebracht wurden, insgesamt 123 Personen, Männer und Frauen. Wir durften uns nicht setzen und auch nicht miteinander sprechen. Jede halbe Stunde wurden wir gezählt. Einige fielen in Ohnmacht, viele mussten sich erbrechen, sodass wir schliesslich etwas Wasser und ein Sandwich erhielten. Auch Verletzte waren unter uns und ein alter Mann mit Herzproblemen. Wir erfuhren nichts über die anderen Gruppen. Bis um 21.00 Uhr mussten wir so stehen bleiben. Alle waren wir in einem sehr schlechten physischen und psychischen Zustand. Elif versuchte erneut, mit dem Kommandeur zu sprechen, der nur unflätige Schimpfworte zurückbrüllte. Sie wies auch immer wieder darauf hin, dass ich eigentlich nicht hierher gehöre und frei gelassen werden müsse. Wir Frauen wurden dann nach Bakırköy gebracht. Wir wussten nicht, was mit den Männern geschah.

Ich selbst traf um 21.30 Uhr mit den anderen Frauen in Bakırköy ein und sah drei der anderen linken Frauen. Wir durften aber erneut nicht miteinander sprechen. Auch hier wies Elif auf meine Freilassung hin, die endlich erfolgen müsse. Alle erkenntnisdienstlichen Aktivitäten wurden von Soldaten durchgeführt, die sehr grob und erniedrigend waren. Sie verteilten uns in verschiedene Zellen. Wir hatten nur auf dem Leib, was wir beim Aufwachen angehabt hatten. Einige waren in Unterwäsche, andere in Nachthemden, sodass uns in den ungeheizten Zellen unerträglich kalt war.

Am folgenden Tag erhielt ich endlich Besuch von meiner Anwältin. Dann ging alles sehr schnell. Im Laufe des Nachmittags wurde ich endlich freigelassen.“

Istanbul, 26. Dezember 2000/MR

Anhang I

zum Bericht über die Operationen in 20 türkischen Gefängnissen

Pressespiegel vom Samstag, 23. Dezember (aus Turkish Daily News)

SABAH: „Ich will sie lebend. Gefangene im Canakkale-Gefängnis, die der Gendarmerie gegenüber Widerstand geleistet und die Tür elektrisch geladen hatten, waren im Korridor des Untergeschosses eingeschlossen. Kolonel Kamil Çil gab den Befehl an seine Männer heraus: „Seien Sie nett. Verursachen Sie keine Panik. Ich will alle lebend haben.“ Die Sicherheitskräfte bohrten rasch ein Loch in den Boden der Sporthalle und schlüpfen durch die Öffnung in das Untergeschoss. Sie nahmen Ali Osman Köse gefangen, einen der Führer der illegalen Organisation. Als die anderen das sahen, hissten sie ein weisses Tuch und ergaben sich.“

MILLYIET: „Erste Bilder von Bayrampaşa. Der Todesstreik, der in verschiedenen Gefängnissen im ganzen Land inszeniert wurde, wurde von einem Zentrum aus kontrolliert: dem Gefängnis Bayrampaşa in Istanbul. Die Gendarmerie drang ins Bayrampaşa-Gefängnis ein – zum ersten Mal in neun Tagen, indem sie eine der Wände einriss. Gruppen von Journalisten erhielten die Erlaubnis, nach Beendigung der Operationen die Gefängnisse in Gebze, Elbistan, Bartın und Aydın zu besichtigen. Beamte fanden in Bayrampaşa zwei Kalaschnikovs, Zündbomben, die aus Kochzylindern hergestellt waren, Flaschen, die mit Verdünner und Petrol gefüllt waren, gebastelte Masken gegen das Tränengas, Laptop Computer, Babynahrung, Revolver und Ladungen von Dokumenten.“

HÜRRIYET: „Sechs der lebenden Fackeln waren im Todesstreik. Es wurde festgestellt, dass alle sechs Gefängnisinsassen, die in verschiedenen Gefängnissen ums Leben gekommen sind, nachdem sie während den kürzlichen Operationen in Brand gesteckt wurden, Militante waren, die sich am Todesfasten beteiligt hatten. Drei von ihnen, nämlich Ali Ihsan Özkan, Fidan Kalsen und Ahmet Ibili, hatten beträchtlich an Gewicht verloren – 14, 17.5 und 21 Kilogramm – seit sie den Hungerstreik begonnen hatten.“

MILLYIET: „Wie ein Automat. Die schriftlichen Hinterlassenschaften von Insassen, die während den Durchsuchungen in Bayrampaşa gefunden wurden, nachdem die Operation beendet war, enthüllten, welcher Gehirnwäsche diese Militanten unterzogen wurden. Sie hatten keine Gefühle mehr und waren nicht in der Lage, rational zu denken. Einer der Insassen, Özkan Güzel, schrieb zum Beispiel: „Was ich von meiner Partei will ist ein Messer. Damit werde ich das Gehirn meines Feindes zerschneiden. Du gibst mir die Welt, wenn mein Wunsch in Erfüllung geht.“ Ein anderer, Bekir Şimşek, schrieb: „Meine Pflicht ist es, die Zündbombe zu betätigen, die wir gebaut haben. Selbst wenn es dem Feind gelingen sollte, die Barrikade zu durchbrechen, wird er nur über meine Leiche eindringen.“

MILLIYET: „Er hat es nicht getan. Am Ende der Operation im Gefängnis von Bartın durchsuchten Offizielle das Gelände und fanden das mobile Telefon, mit dem ein Führer der DHKP/C in Bayrampaşa den Gefangenen in Bartın befahl: „Setzt einen eurer Freunde in

Brand.“ Die Person, mit der er gesprochen hatte, Rabbena Hanedar, antwortete: „Ja, Chef.“ Aber es scheint, dass er niemanden in Brand gesteckt hat.“

CUMHURİYET: „**Weniger Tote als ich befürchtete.** Justizminister Sami Türk sagte, dass die Anzahl Todesopfer aufgrund der Operationen in den 20 Gefängnissen tiefer sei, als er erwartet hatte. Laut Milliyet beläuft sich die Anzahl Tote auf 20, bei 94 Verletzten. Eine andere Milliyet-Schlagzeile titelt, dass das Cankiri-Gefängnis in Ruinen sei.

YENİ ŞAFAK: „**Alarm vor Mordanschlägen.** Der Innenminister warnte den Premierminister und andere hohe Persönlichkeiten, dass terroristische Organisationen aufgrund der kürzlichen Ereignisse in den Gefängnissen versuchen könnten, Mordanschläge auf sie zu verüben. Die Anzahl Bodyguards, welche die Minister der Justiz, der Gesundheit und des Inneren beschützen, wurde deshalb erhöht.“

(Aus dem Englischen von Marianne Roth)

3.1.2001

Anhang II

İNSAN HAKLARI DERNEĞİ HUMAN RIGHTS ASSOCIATION MENSCHENRECHTSVEREIN

Tunalıhımlı Ca. 104/4 Kavaklıdere – Ankara Tel-Fax: (312) 466 49 13-14 425 95 47 e-mail: posta@ihd.org.tr <http://www.ihd.org.tr>

ERKLÄRUNG ZU DEN OPERATIONEN GEGEN DIE HUNGERSTREIKENDEN

Die Einschätzungen und Forderungen des Türkischen Menschenrechtsvereins (IHD) betreffend den Operationen gegen die Hungerstreikenden in den Gefängnissen sind wie folgt:

1. Der IHD qualifiziert diese Operationen als geplanten Massenmord. Infolge der Operationen wurden mindestens 20 Hungerstreikende und 2 Gendarmerie-Offiziere getötet, hunderte von Gefangenen wurden verletzt. Das Innenministerium erklärte, dass die Operation vor einem Jahr geplant wurde.
2. Der IHD hält fest, dass die Begleitbedingungen der Operation, die Art und Weise, wie die Operation durchgeführt wurde und die Angriffe auf die NGO und die Verwandten der Gefangenen Staatsterrorismus gleichkommt.
3. Der IHD ist der festen Meinung, dass der Schaden, der das Beharren der Regierung auf F-Typ-Gefängnissen verursacht, nicht durch die Haltung der Hungerstreikenden, sondern durch die Auffassung des Nationalen Sicherheitsrats und der Regierung über den Gesetzesvollzug hervorgerufen wird. Ihrer Meinung nach ist das Problem die Herstellung der „Staatsautorität“ in den Gefängnissen. Was sie jedoch als „Staatsautorität“ bezeichnen, kann nicht mit groben Menschenrechtsverletzungen und totalitären Massnahmen erreicht werden.
4. Wir beschuldigen die Regierung zudem, in zahlreichen Fällen Desinformation betrieben zu haben, sowohl national, wie international. Die Regierung behauptet beispielsweise, die F-Typ-Gefängnisse würden von internationalen NGO und der Kommission zur Prävention der Folter (KPF) unterstützt, um zu begründen, dass keine baulichen Veränderungen vorgenommen werden können. Sie behaupten weiter, die Gefangenen und nationale NGO, die gegen die Isolationspolitik opponieren, wollten das bestehende Gefängnissystem aufrecht erhalten, um so einen konstruktiven Dialog zu verhindern.
5. Der IHD kann die Behauptung, die Gefangenen hätten die Verhandlungen gestoppt, nicht unterschreiben, da sie zum Zeitpunkt des Abbruchs des Dialogs eine Sicherheit gegen die Isolation wollten. Zu diesem Zeitpunkt war keine NGO oder professionelle Organisation in der Lage, Zusicherungen zu machen, da die Regierung bisher keine seiner Versprechungen in Bezug auf die Menschenrechte gehalten hat. Tatsächlich wurde der Todesstreik von 1996 auf der Basis von Versprechungen an die Gefangenen beendet, deren Forderungen hauptsächlich adäquate medizinische Behandlung der Hungerstreikenden beinhaltete sowie die Strafverfolgung jener Offiziere, die die Morde bei früheren Operationen in den Gefängnissen verübten. Diese Versprechungen wurden nicht eingehalten und jene, die für weitere Morde während den Operationen in Gefängnissen verantwortlich sind, sind bis heute nicht vor Gericht erschienen.

6. Der IHD qualifiziert die F-Typ-Gefängnisse als Isolationsgefängnisse, welche Menschenrechtsstandards total widersprechen, und führte verschiedene Verhandlungen mit den Behörden in Bezug auf Revisionen. Die Behörden lehnen jedoch jegliche Revisionen ab mit der Begründung, der Nationale Sicherheitsrat unterstütze diese Art von Gefängnissen vehement.
7. Inzwischen wurden die Gefangenen in F-Typ-Gefängnisse überführt, was einen Bruch des Versprechens des Justizministers vom 9. Dezember darstellt und weitere Gefangene in den Hungerstreik treibt. Ferner haben die Familien, Anwälte und Anwältinnen sowie MenschenrechtsaktivistInnen keine Möglichkeit, die Situation der Gefangenen der gestürzten Gefängnisse zu überprüfen oder die Gefangenen in den Spitälern zu besuchen. Die AnwältInnen und Familien haben keine Erlaubnis, die Autopsien zu beobachten.
8. Zum jetzigen Zeitpunkt erklärt der IHD, dass er keine Hoffnung auf positive Schritte durch die Regierung in Bezug auf Menschenrechte hat, dass er kein Vertrauen in die Regierung hat und aus diesem Grund die Kommunikation mit der Regierung an keinem Punkt weiterführen kann.
9. Wir rufen internationale Regierungsorganisationen, möglichst die KPF auf, unverzüglich eine Reise in die Türkei anzutreten.
10. Wir rufen die UN-Menschenrechtskommission auf, das Menschenrechtsproblem in der Türkei auf ihre Agenda zu setzen und eine entsprechende Resolution zu verfassen.
11. Wir rufen die UN-Berichtersteller zu Folter und Extralegalen Hinrichtungen auf, mit der türkischen Regierung Kontakt aufzunehmen und eine Mission betreffend die Gefängnisoperationen ins Auge zu fassen.
12. Wir rufen die internationalen Menschenrechtsorganisationen, einschliesslich Amnesty International, Human Rights Watch und FIDH, auf, eine Mission zu bilden, um Informationen vor Ort zu sammeln und zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft zu vermitteln, um weitere Morde zu stoppen, die Familien über ihre wirkliche Situation aufzuklären und die Regierung daran zu erinnern, ihrer Verpflichtung, Anwälte ihre Klienten treffen zu lassen und die Autopsien zu beobachten, nachzukommen.

Wir werden die Übersetzung zu unserem Bericht über die Untersuchungen und Beobachtungen zu den Hungerstreiks und Operationen bald nachliefern.

21. Dezember 2000

(Übersetzt aus dem Englischen von Marianne Roth)